

## NIEDERSCHRIFT

über die 11. öffentliche Sitzung des Jugend-, Ordnungs- und Sozialausschusses der Gemeinde  
Großenkneten am Donnerstag, 01.10.2015 , im Rathaus, Markt 1, 26197 Großenkneten

---

**Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr**

**An der Sitzung haben teilgenommen:**

Vorsitzende/r

Herr Hartmut Giese

Stellv. Vorsitzende/r

Frau Andrea Oefler

Mitglieder

Frau Christine Hevemeyer

Frau Anke Koch

Herr Ralf Martens

Herr Timm-Dierk Reise

Herr Samuel Stoll

Stellv. Mitglied/er

Herr Michael Feiner

in Vertretung des 1. stellv. Bürgermeisters  
Rolf Jessen

Herr Rudolf Wübbeler

in Vertretung des Rats Herrn Claus Andräß

nicht stimmberechtigtes Mitglied

Herr Henrik Abeln

hinzu gewählte Mitglieder

Frau Erika Aufermann

Frau Hana Osman

Frau Wiebke Raschen-Wirth

Stellv. hinzu gewähltes Mitglied

Herr Bernhard Book

in Vertretung des hinzu gewählten Mitglieds  
Michael Ohms

von der Verwaltung

Frau Frauke Asche

Amtsleiterin des Amtes für Ordnung und  
Soziales, Protokollführerin

Herr Horst Looschen

Kämmerer

Herr Thorsten Schmidtke

Bürgermeister

Gäste

Herr Bodo Bode

Sozialdezernent des Landkreises Oldenburg

Frau Andrea Schröder

Integrationsbeauftragte der Gemeinde  
Großenkneten

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit des Jugend-, Ordnungs- und Sozialausschusses und der Tagesordnung
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die 10. Sitzung des Jugend-, Ordnungs- und Sozialausschusses am 23.04.2015
- 3 Gegebenenfalls Pflichtenbelehrung eines hinzu gewählten Mitgliedes des Ausschusses

**Einwohnerfragestunde**

- |   |   |                               |
|---|---|-------------------------------|
| 4 | Bericht über die Flüchtlingsarbeit in der Gemeinde Großenkneten - Antrag der CDU-Fraktion | <b>BV/0194/2011-2<br/>016</b> |
| 5 | Integrationsarbeit in der Gemeinde Großenkneten   | <b>BV/0195/2011-2<br/>016</b> |

**Einwohnerfragestunde**

- 6 Mitteilungen des Bürgermeisters
- 7 Anfragen und Anregungen

Öffentlicher Teil

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit des Jugend-, Ordnungs- und Sozialausschusses und der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende Giese eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit des Jugend-, Ordnungs- und Sozialausschusses fest.

Zur Tagesordnung **beantragt** Ratsherr Martens, die Tagesordnung um eine zusätzliche Einwohnerfragestunde im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 5 zu erweitern, um den anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern die Möglichkeit zu geben, konkret zu den Tagesordnungspunkten 4 – Bericht über die Flüchtlingsarbeit in der Gemeinde Großenkneten – und 5 – Integrationsarbeit in der Gemeinde Großenkneten – Fragen zu stellen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

**zu 2      Genehmigung der Niederschrift über die 10. Sitzung des Jugend-, Ordnungs- und Sozialausschusses am 23.04.2015**

Die Niederschrift über die 10. Sitzung des Jugend-, Ordnungs- und Sozialausschusses am 23.04.2015 wird mit 7 Ja-Stimmen sowie 2 Enthaltungen genehmigt.

**zu 3      Gegebenenfalls Pflichtenbelehrung eines hinzu gewählten Mitgliedes des Ausschusses**

Eine Pflichtenbelehrung eines stellvertretenden hinzu gewählten Mitgliedes des Ausschusses ist nicht erforderlich.

**Einwohnerfragestunde**

Der Ausschussvorsitzende Giese unterbricht um 17:10 Uhr die Sitzung des Jugend-, Ordnungs- und Sozialausschusses für die Einwohnerfragestunde.

Da keine Fragen gestellt werden, setzt der Ausschussvorsitzende die Sitzung fort.

**zu 4 Bericht über die Flüchtlingsarbeit in der Gemeinde Großenkneten - Antrag der CDU-Fraktion  
Vorlage: BV/0194/2011-2016**

**zur Kenntnis genommen**

**Beschluss:**

**Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

**Sach- und Rechtslage:**

Die CDU-Fraktion hat mit Schreiben vom 06.09.2015 beantragt, über die Flüchtlingsarbeit in der Gemeinde Großenkneten zu berichten.

Der Antrag ist der Beschlussvorlage Nr. BV/0194/2011-2016 beigelegt.

Die Gemeinde Großenkneten ist wie alle anderen Kommunen verpflichtet, Flüchtlinge aufzunehmen und deren Unterbringung zu gewährleisten. Die aktuelle Situation ist geprägt durch eine sehr hohe Zahl der neu in Deutschland ankommenden Flüchtlinge. Dieses bedeutet für die Länder und Kommunen eine große Herausforderung.

Der Landkreis Oldenburg hat am 7. September 2015 die neuen Zahlen der auf die Kommunen zu verteilenden Flüchtlinge, die sog. „Quote“ mitgeteilt. Für die Gemeinde Großenkneten wird mit dieser Quote festgelegt, dass bis Ende Januar 2016 insgesamt 94 weitere Flüchtlinge aufgenommen sind. Da nach der letzten Quote bereits 58 Personen mehr aufgenommen wurden, beträgt die tatsächliche Zahl der mit heutigem Stand noch aufzunehmenden Personen 36. Bisher wurden der Gemeinde 141 Personen zugewiesen, von denen aktuell noch 92 Personen mit Flüchtlingsstatus hier leben.

Diese Quote kann voraussichtlich noch im Laufe dieses Jahres durch Unterbringungen in gemeindeeigene Unterkünfte und in angemieteten (privaten) Wohnraum erfüllt werden. Private Mietangebote zur Unterbringung der Flüchtlinge sind nach wie vor vorhanden. Die Kosten dieser Unterbringungen werden durch den Landkreis Oldenburg erstattet.

Der Bürgermeister hat sich bereits mehrfach sowohl gegenüber dem Landkreis Oldenburg als auch gegenüber dem Land Niedersachsen gegen die Einrichtung einer Sammelunterkunft und gegen die Einrichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung auf dem Metropark in Ahlhorn ausgesprochen.

Zusammen mit Herrn Bodo Bode, Sozialdezernent des Landkreises Oldenburg, wird weiter in der Sitzung über die Flüchtlingsarbeit vorgetragen.

**Sitzungsbeiträge:**

Ratsherr Martens bedankt sich zunächst bei allen Ehrenamtlichen für den Einsatz in der Flüchtlingsarbeit. Hinsichtlich einer möglichen zentralen Unterbringung, vor allem auf dem

## **Niederschrift: Jugend-, Ordnungs- und Sozialausschuss 01.10.2015**

Gelände der Metropark Hansalinie GmbH, verweist er auf die Änderung des Bebauungsplanes 109/V, die ausdrücklich vor dem Hintergrund der Vermeidung weiterer Gemeinschaftsunterkünfte umgesetzt wurde. Die CDU-Fraktion habe den Antrag zur Einberufung der Sitzung gestellt, um über den aktuellen Stand informiert zu werden.

Bürgermeister Schmidtke erläutert die Sach- und Rechtslage, insbesondere die Verpflichtung der Kommunen, Flüchtlinge aufzunehmen. Er verweist auf die aktuelle Verteilquote des Landkreises Oldenburg, wonach die Gemeinde Großenkneten bis Januar 2016 noch 36 Flüchtlinge aufnehmen muss. Zwar sei die künftige Entwicklung der Zuwanderung nicht absehbar, auf jeden Fall müsse aber eine zentrale Unterbringung in Ahlhorn verhindert werden, da der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund bereits bei etwa 40 % liege. Auch Bürgermeister Schmidtke bedankt sich ausdrücklich bei allen Ehrenamtlichen, da nur hierdurch eine erfolgreiche Integration erfolgen könne.

Anschließend stellt die Leiterin des Amtes für Ordnung und Soziales, Frau Asche, die aktuelle Flüchtlingssituation anhand einer Power-Point-Präsentation vor.

Die Power-Point-Präsentation über die aktuelle Flüchtlingssituation ist der Beschlussvorlage BV/0194/2011-2016 beigelegt.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet:

Für die Abschiebungen ist die Ausländerbehörde des Landkreises zuständig. Dabei müssen gültige Ausweispapiere vorliegen. Diese müssen teilweise von den Heimatländern neu ausgestellt werden, so dass es zu Verzögerungen kommt.

Während eines Berufspraktikums sind die Flüchtlinge über die entsprechende Berufsgenossenschaft der Betriebe versichert.

Die Kostenverteilung zwischen Bund, Land und Kommunen ist nicht auskömmlich. Errechnet wurden durchschnittliche Kosten von jährlich 10.000,00 € pro Flüchtling.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden vom Jugendamt betreut. Da eine andere Verteilung geplant ist, rechnet der Landkreis mit weiteren 70 Minderjährigen, die auch in Pflegefamilien untergebracht werden sollen.

Zusätzlich zur telefonischen Auskunft des Innenministeriums zur nicht geplanten Erstaufnahmeeinrichtung in Ahlhorn werden die zuständigen Landtagsabgeordneten eine schriftliche Antwort erhalten.

Im Anschluss an die Präsentation trägt der Sozialdezernent des Landkreises Oldenburg, Herr Bode, über die Flüchtlingsarbeit vor. Er berichtet, dass die Zusammenarbeit mit der Gemeinde Großenkneten positiv ist. Auch wenn in der Gemeinde Großenkneten die festgelegte Aufnahmequote übererfüllt sei, befindet sich das Land Niedersachsen in einer ernsten Ausgangssituation, die sich anhand der eingehenden Lageberichte in der nahen Zukunft nicht verbessern wird. Da das Land Niedersachsen täglich 800 bis 1.000 Flüchtlinge aufnimmt, ist auch mit einer Quotenerhöhung noch vor Januar 2016 zu rechnen.

Um die bestehenden Erstaufnahmeeinrichtungen zu entlasten, müssen Notunterkünfte eingerichtet werden.

## Niederschrift: Jugend-, Ordnungs- und Sozialausschuss 01.10.2015

Eine eigene Versorgung der Asylbewerber in Sammelunterkünften ist nicht möglich (Nachfrage des Rats Herrn Reise).

Herr Bode betont, dass die dezentrale Unterbringung auch weiterhin fortgeführt werden soll. Die Wohnungssituation ist jedoch bereits jetzt sehr knapp und wird sich voraussichtlich noch weiter verschlechtern. Daher hat der Landkreis Oldenburg gemeinsam mit den Fraktionsvorständen im Kreistag und den Hauptverwaltungsbeamten die Einrichtung eines Krisenstabes beschlossen. Die Einrichtung von Notunterkünften soll nach Möglichkeit im Einvernehmen mit den beteiligten Gemeinden erfolgen. Dies ist bereits in Ganderkesee bei der Flüchtlingsunterbringung in einer Turnhalle sowie einer mobilen Messehalle und in der Gemeinde Wardenburg im Dorfgemeinschaftshaus Hundsmühlen erfolgt.

Darüber hinaus plant der Landkreis eine zusätzliche Wohnraumschaffung auf kommunalen Grundstücken durch einen Fertighausbau oder auch durch Wohncontainer. Ebenfalls soll der soziale Wohnungsbau vorangebracht werden. Bezüglich der Unterkunftsgebäude auf dem Gelände der Metropark Hansalinie GmbH (MPH) an der Kirchstraße sicherte Herr Bode zu, dass – auch nach Absprache im Kreistag – dort keine Erstaufnahmeeinrichtung des Landes befürwortet wird. Um jedoch auch künftig den steigenden Unterkunftsbedarf befriedigen zu können, kann das MPH-Gelände nicht ignoriert werden. Das ist ebenfalls mit dem Kreistag, den Verwaltungen sowie der überwiegenden Mehrheit der Hauptverwaltungsbeamten besprochen worden. Der Landkreis wird daher Gespräche mit der MPH zwecks Einrichtung einer Sammelunterkunft aufnehmen. Hier müssen zunächst die baulichen Gegebenheiten geklärt sowie die erforderlichen Kosten ermittelt werden. Um eine solche Sammelunterkunft ggf. einzurichten, kann sich der Landkreis auch über die Auffassung der Gemeinde hinwegsetzen. Rechtlich können auch die Festsetzungen des Bebauungsplanes eine Nutzung als Sammelunterkunft nicht verhindern.

Beigeordneter Feiner merkt an, dass eine Sammelunterkunft im Verhältnis zu einer Erstaufnahmeeinrichtung das „kleinere Übel“ sei. Die hohen Flüchtlingszahlen in Niedersachsen erfordern eine entsprechende Verteilung.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden Giese sichert Herr Bode zu, dass der Landkreis im Falle einer Sammelunterkunft entsprechende Kompensationsmaßnahmen, auch für Schulen und Kindergärten, treffen wird. Er betont jedoch, dass aus seiner Sicht Sammelunterkünfte vorrangig für Alleinreisende geeignet sind.

Auf Nachfrage der Beigeordneten Koch erläutert Herr Bode, dass die Sammelunterkunft ggf. auch als Ausweichquartier für den kommenden Winter genutzt werden kann, da der soziale Wohnungsbau langjährige Verfahren bedarf.

Bürgermeister Schmidtke informiert, dass bereits im Vorfeld mit der GSG Oldenburg Gespräche geführt wurden, hier jedoch eine Absage für entsprechende Investitionen in der Gemeinde erfolgt ist. Er befürchtet, dass bauliche Veränderungen auf dem MPH-Gelände auch eine langfristige Unterbringung nach sich ziehen wird.

Das hinzu gewählte Mitglied Raschen-Wirth berichtet ebenfalls von ihrer beruflichen Erfahrung als Erzieherin im Ahlhorner Kindergarten, dass die Integration vor allem aufgrund der sprachlichen Defizite sehr schwierig sei.

## **Niederschrift: Jugend-, Ordnungs- und Sozialausschuss 01.10.2015**

Herr Bode verwies noch einmal auf die extreme Notsituation.

Auf Nachfrage des Rats Herrn Wübbeler, ob diese Quote auf die Unterbringungen der Gemeinde angerechnet werde, antwortet Herr Bode, dass bisher jeweils eine Anrechnung erfolgt sei, in diesem konkreten Fall jedoch noch keine Entscheidung getroffen wurde.

Ratsfrau Oefler betonte ebenfalls, dass eine solche Sammelunterkunft für den Ortsteil Ahlhorn nicht mehr leistbar sei.

Ratsherr Martens erkundigt sich, ob eine weitere Übererfüllung der Quote eine Option für die Vermeidung der Sammelunterkunft sein kann.

Herr Bode antwortete daraufhin, dass weiterhin alle Unterbringungsangebote zu prüfen sind.

Ratsherr Stoll zeigte sich sehr enttäuscht über das Verhalten der MPH. Er erkennt keinerlei Rücksichtnahme auf die Entwicklung Ahlhorns.

Ratsherr Martens regt an, den Kontakt zur MPH erneut aufzunehmen.

Bürgermeister Schmidtke sichert dieses zu.

Ausschussvorsitzender Giese beendet die Diskussion und stellt fest, dass die Bedenken der Gemeinde in den einzelnen Wortbeiträgen hinreichend zum Ausdruck gebracht wurden.

**zu 5      Integrationsarbeit in der Gemeinde Großenkneten  
Vorlage: BV/0195/2011-2016**

**zur Kenntnis genommen**

**Beschluss:**

**Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

**Sach- und Rechtslage:**

Zum 01.09.2015 konnte das Integrationsprojekt „Leben im Viertel“ starten.

Das Programm wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit 75 % aller anfallenden Kosten gefördert. Insgesamt sind für dieses auf drei Jahre befristete Projekt Aufwendungen von bis zu 199.553,00 € vorgesehen.

Mit der Durchführung des Projektes wurde Frau Andrea Schröder, Oldenburg, betraut. Frau Schröder ist Psychologin mit interkulturellem Schwerpunkt und hat einen auf drei Jahre befristeten Arbeitsvertrag bis zum 31.08.2018 erhalten. Es handelt sich um eine Teilzeitbeschäftigung mit 19,5 Wochenstunden.

Als erste Schritte sind die Organisation eines Netzwerkes „Flüchtlingsarbeit in der Gemeinde“ sowie eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Strukturen und Gegebenheiten geplant. Das Programm beruht auf mehreren Projektbausteinen, die in Kooperation mit verschiedenen Partnern umgesetzt werden sollen. Bei den Partnern handelt es sich in erster Linie um die Ländliche Erwachsenenbildung (LEB), den Ahlhorner Sportverein (ASV), das Leinerstift sowie die Kirchengemeinden und zahlreiche ehrenamtliche Helferinnen und Helfer.

Frau Schröder wird in der Sitzung sich und das Projekt vorstellen.

**Sitzungsbeiträge:**

Bürgermeister Schmidtke stellt Frau Andrea Schröder als neue Integrationsbeauftragte der Gemeinde Großenkneten vor. Auch hier bedankt er sich bei den zahlreichen Vereinen, Ehrenamtlichen und Institutionen für die bisher geleistete Arbeit.

Im Anschluss stellt Frau Schröder sich und ihre Arbeit vor.

Nach einem abgeschlossenen Studium der Interkulturellen Psychologie in Osnabrück hat Frau Schröder zum 01.09.2015 ihre mit 19,5 Wochenstunden neu geschaffene Stelle als Integrationsbeauftragte der Gemeinde Großenkneten angetreten. Grundlage für ihre Arbeit ist das vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bezuschusste Projekt „Leben im Viertel“. Vorrangiges Ziel der neuen Aufgaben ist die Vernetzung in der Migrantinnen- und Flüchtlingsarbeit. Hierzu hat es bereits ein erstes Treffen „Netzwerk Integration“ gegeben.

## **Niederschrift: Jugend-, Ordnungs- und Sozialausschuss 01.10.2015**

Aufgrund der bereits vorhandenen Strukturen findet Frau Schröder gute Voraussetzungen für das Vorantreiben der Integrationsarbeit vor.

Die Gründung einer Migrantenorganisation, auch unter Einbeziehung der Ehrenamtlichen, Bürgervereine, Sportvereine etc., der Aufbau/Ausbau des Willkommen-Cafés, die Einbeziehung aller Migrantinnen und Migranten in bestehende Projekte sind vorrangige Ziele ihrer Arbeit. Hierbei kann Frau Schröder auf die positive Einstellung der Bürgerinnen und Bürger bauen.

Auf Nachfrage des Ratsherrn Wübbeler bejaht Frau Schröder die Einbeziehung der gemeindlichen Jugendpflege in das Projekt.

Beigeordnete Koch heißt Frau Schröder herzlich willkommen. Sie begrüßt den Projektstart des lange erwarteten Integrationsprojektes. Frau Schröder beantwortet ihre Frage nach der ausreichenden Arbeitszeit dahingehend, dass durch die Koordinierung des Netzwerkes künftig fertige Strukturen genutzt werden können.

Ausschussvorsitzender Giese dankt Frau Schröder für ihre bisher geleistete Arbeit und wünscht ihr für die künftigen Projekte viel Erfolg.

## Einwohnerfragestunde

Der Ausschussvorsitzende Giese unterbricht um 18:45 Uhr die Sitzung des Jugend-, Ordnungs- und Sozialausschusses für die zweite Einwohnerfragestunde.

*Herr Herbert Sobierei, Großenkneten:*

Erfolgen die Zuweisungen der Flüchtlinge unter Berücksichtigung der ethnischen Herkunft?

*Sozialdezernent Bode:*

Nein, eine Berücksichtigung der ethnischen oder religiösen Herkunft ist nicht möglich.

*Frau Renate Hochgrebe, Ahlhorn:*

Gibt es im Falle einer zusätzlichen Belegung auf dem Gelände des Metroparkes Hansalinie GmbH Arbeitsmöglichkeiten für die Flüchtlinge?

*Bürgermeister Schmidtke:*

Da eine solche Entwicklung nicht vorhersehbar ist, kann hierzu noch keine Antwort bzw. Vorbereitung erfolgen.

*Sozialdezernent Bode:*

Nach der aktuellen Rechtslage kann eine Beschäftigung ab dem 4. Aufenthaltsmonat erfolgen, sofern eine Vorrangprüfung durch die Bundesagentur für Arbeit erfolgt ist. Fehlende Sprachkenntnisse erschweren jedoch häufig den Zugang zu den Arbeitsplätzen, so dass es sinnvoll ist, zunächst Sprachkurse zu besuchen.

Herr Bode verneint die Nachfrage des *Ratsherrn Wübbeler*, ob eine Verpflichtung zur Teilnahme an den Deutschkursen besteht.

*Herr Walter Schulz, Ahlhorn:*

Herr Schulz stellt die schwierige Situation für die Ahlhorner Bevölkerung dar und fragt, „ob mit einer steigenden Zahl von Flüchtlingen im Ortsteil Ahlhorn eine Eintragung im Guinnessbuch der Rekorde möglich sei“.

**zu 6      Mitteilungen des Bürgermeisters**

Es liegen keine Mitteilungen des Bürgermeisters vor.

**zu 7      Anfragen und Anregungen**

Es liegen keine Anfragen und Anregungen vor.

**Ende der Sitzung: 19:05 Uhr**

gez. Hartmut Giese  
Vorsitz

gez. Thorsten Schmidtke  
Bürgermeister

gez. Frauke Asche  
Protokollführung